Rede Reiner Priggen MdL (GRÜNE) zum Nachtragshaushalt 2010

1.Lesung / Plenarsitzung am 29. September 2010

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir reden heute über den Nachtragshaushalt für das Jahr 2010. Wer im Vorfeld dieser Debatte mal die Debattenbeiträge um den Nachtragshaushalt 2005 nachgelesen hat, konnte gewisse grundsätzliche Ähnlichkeiten entdecken. In 2005 ist die Regierung von CDU und FDP neu gebildet worden und hat eine Abschlussbilanz mit der Vorgängerregierung gemacht. Es hat heftige und bemerkenswerte Beiträge der heutigen Ministerpräsidentin, der damaligen Fraktionsvorsitzenden, die nüchtern und sachlich mit den anderen Fraktionen umgegangen ist, in der damaligen Debatte über diesen grundsätzlichen Mechanismus gegeben.

Jetzt machen wir Folgendes: Wir stellen fest - ohne irgendeinen Fatz neue Politik zu machen -, was in diesem Nachtragshaushalt von Ihnen an Risiken nicht eingestellt worden ist, obwohl Sie es hätten wissen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir können - das will ich zugestehen - die Risiken der WestLB unterschiedlich bewerten. Sie haben selber Risikopotenzial eingestellt. Alles, was wir von den Fachleuten wissen, ist, dass im nächsten Jahr stärkere Risiken ziehen werden und dass wir in eine hohe Gefahr hineinlaufen, dass die bisher gebildeten Rückstellungen dann bei Weitem nicht ausreichen werden.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Die Risikovorsorge für die WestLB ist, Herr Kollege Weisbrich, gerade für die erfahrenen Kollegen hier im Parlament und gerade für die großen Fraktionen, die bei der WestLB schon ganz lange in allen Gremien Verantwortung tragen, ein Kapitel, über das man wirklich nur mit einer ganz traurigen Miene sprechen dürfte: weil uns hier eine Landesbank aus dem Ruder läuft und wir jedes Jahr Hunderte von Millionen aus dem Haushalt in diese Bank stecken müssen, ohne dass wir irgendetwas davon haben - Geld, das uns bitter fehlt.

(Norbert Post [CDU] zeigt mit dem Füller in Richtung SPD-Fraktion.)

- Nee, nee, nee, zeigen Sie jetzt nicht mit dem Füller in Richtung Sozialdemokraten, sondern sagen Sie ganz eindeutig: Die Christdemokratische Union hat sowohl in den Aufsichtsgremien als auch über die Sparkassenverbände über Jahrzehnte Einfluss auf dieses bankpolitische Geschehen gehabt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist eine bittere Stunde. Da könnten Sie doch auch ehrlich mit uns umgehen. Wir schätzen die Risiken so groß ein. Das, was in die Risikofonds für die WestLB kommt, wird für nichts anderes verwendet als für Risiken der WestLB. Damit wird nichts anderes gemacht. Man kann also nur über die Höhe streiten. Insofern verstehe ich nicht, warum Sie damit nicht nüchterner und sachlicher umgehen können.

Das gilt auch für andere Positionen, zum Beispiel die 94 Millionen € Versorgungsfonds für Pensionsrückstellungen für Beamte des Landes - auch

Kolleginnen und Kollegen, die Sie eingestellt haben. Das ist doch unabweisbar. Was gibt es dagegen eigentlich zu sagen?

Ich kann einmal die zwangsläufigen Mehrausgaben und Mindereinnahmen in den wichtigsten Punkten durchgehen:

23 Millionen € Mindereinnahmen bei den Spielbanken Duisburg, Oeynhausen, Aachen. Sie wissen genau, warum das so ist. Die Sätze sind heruntergesetzt worden, das Ergebnis ist nicht gut - da kann man nichts machen.

150 Millionen € für die Gemeinden für Investitionen in U3-Betreuungsplätze. Ich bestreite doch gar nicht, dass Sie netto mehr U3-Betreuungsplätze geschaffen haben als wir in den Jahren zuvor; darüber müssen wir gar nicht reden. Aber Sie haben nicht genug Geld eingestellt, um all die Baumaßnahmen, die jetzt laufen, auszufinanzieren

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

und um dem Rechtsanspruch zu genügen. Das ist nun einmal ein Bundesgesetz, und das wird uns in den Kommunen viel, viel Arbeit bereiten und hohe Kosten verursachen. Aber zum 1. August 2013 haben alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Betreuungsplatzanspruch. Die 150 Millionen €, die dafür eingestellt sind - das müsste eigentlich Konsens sein -, sind gut angelegtes Geld, wenn man dieses Ziel, den Gesetzesanspruch umzusetzen, erreichen will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein weiterer bitterer Punkt: 50 Millionen € für Schweinegrippe-Impfstoffe. Das muss alle ärgern. Wenn man sechs oder sieben Millionen Impfdosen bestellt und nur eine Million braucht, heißt das, dass 50 Millionen € weg sind und keiner etwas davon hat. Natürlich muss man Gesundheitsvorsorge treffen. Wir erinnern uns an die damalige Diskussion, wissen, wie hoch der Druck war. Aber wir müssen daraus auch ein Stück weit lernen, dass die Kosten hinterher beim Land landen. Dagegen kann man nichts sagen. Die Rechnung muss bezahlt werden. Die Dosen haben Sie bestellt, aber das will ich Ihnen gar nicht anrechnen. Sie mussten die Vorsorge treffen; das Risiko war ja da. Aber man kann sich dann nicht beklagen, dass jetzt Mittel für diese Kosten in den Nachtragshaushalt eingestellt werden.

Die 236,5 Millionen € Wohngeldentlastung sind Ergebnis eines Verfassungsgerichtsurteils. Auch das kann niemand bestreiten: dass wir das den Kommunen zurückgeben müssen.

39,4 Millionen € für den Winterdienst des Landesbetriebes Straßenbau. Das ist auch nicht zu bestreiten.

Ich würde von Ihnen also ganz gerne wissen, welche konkreten Punkte wir Ihrer Meinung nach nicht in den Nachtragshaushalt einstellen dürfen, weil sie angeblich nicht sachgerecht sind.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das sagt auch niemand!)

Herr Laumann, Sie sind hier eben aufgetreten - das ist die ganze Zeit der Gestus der Fraktionen -, als ob Sie in den letzten fünf Jahren Haushaltskonsolidierer gewesen wären.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

Ich habe eine etwas andere Sicht auf die Dinge und würde Ihnen das gerne erklären. Aus meiner Sicht ist das größte Risiko für den Landeshaushalt am 9. Mai abgewählt worden - um das einmal auf den Punkt zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Sie haben gerade die 128 Stellen in der Umweltverwaltung angesprochen. Darauf gehe ich gleich noch näher ein, keine Sorge! Aber Sie in der Regierung, auch Herr Laumann, waren noch im Januar dieses Jahres alle im Steuersenkungsdelirium. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, der Unfug, der damit gemacht wurde, kostet dieses Land 880 Millionen bis 1 Milliarde €. Soll ich Ihnen mal in Stellen umrechnen, was uns das jedes Jahr kostet? Das sind 17.000 Stellen. Eine Stelle kostet 50.000 € im Jahr, also 17.000 Stellen, die wir einsparen müssen, um diesen Quatsch - Hoteliersteuer, Erbenbesteuerung und einen Teil der anderen Maßnahmen - jedes Jahr zu bezahlen. 17.000 Stellen! Dagegen können Sie nicht ansparen.

Das ist nicht das Einzige gewesen. Die Konjunkturprogramme I und II - ich will gar nicht sagen, dass alle Maßnahmen schlecht waren - belasten das Land noch einmal mit 1 Milliarde €, das sind 20.000 Stellen.

Allein die letzte Nummer, die Schwarz-Gelb im Bund gemacht hat - nur um das zu erklären -, die Brennelementesteuer, eine Steuer, deren Einnahmen ausschließlich beim Bund liegen, wird auch über wegfallende Gewerbesteuereinnahmen der Länder und der Kommunen bezahlt.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Die Brennelementesteuer – Einnahmen ausschließlich beim Bund – kostet Länder und Kommunen 500 Millionen €. Davon landen in Nordrhein-Westfalen nach Auskunft des VKU und anderer bei vorsichtiger Rechnung Kosten in Höhe von 125 Millionen bis 150 Millionen €. Auch das sind 2.500 Stellen. Und das ist Verantwortung von CDU und FDP im Bund. Eines nach dem anderen geht ganz leicht durch. Sie haben die politische Verantwortung dafür.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Laschet?

Reiner Priggen (GRÜNE): Ja, aber gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Laschet.

Armin Laschet (CDU): Mich würde nur interessieren, weil mich das jetzt überrascht, ob die Grünen gegen die Brennelementesteuer sind, die jetzt erhoben wird.

Reiner Priggen (GRÜNE): Nein. Herr Kollege Laschet, ich rede ja nicht mal so und mal so. Natürlich ist die Brennelementesteuer richtig. Sie sollte auch nicht nur befristet erhoben werden.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Ich will Ihre Frage vernünftig beantworten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Abschalten!)

– Kollege Sagel, lassen Sie mich doch dem Kollegen Laschet eine vernünftige Antwort geben.

Was nicht geht – da kommt keiner raus, Sie nicht und wir nicht –, ist, dass der Bund seit Langem Aufgabe um Aufgabe auf Länder und Kommunen überwälzt und Maßnahmen beschließt, aber wir die Rechnung bezahlen müssen. Das immer mitzumachen, das ist meine Kritik an Ihnen. Das Steuersenkungsdelirium im Januar ging den Kollegen gar nicht schnell genug: 880 Millionen € pro Jahr für NRW. Wir müssen es bezahlen, das Äquivalent von 17.000 Stellen.

Natürlich hat Herr Laumann recht, wenn er sagt: Wir müssen versuchen, diese 126 Stellen einzusparen. – Da gebe ich Ihnen doch recht.

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

Aber wir können hier sparen, so viel wir wollen: Gegen 17.000 Stellen, die wir nur für diesen Quatsch vom Januar einsparen müssen, kommen wir nicht an.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, Sie haben eben gesagt, das Land hat rund eine halbe Million Stellen. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn Sie so Finanzpolitik gemacht haben, wie Sie über die Stellen gehen, mein lieber Mann!

Ich weiß, wir müssen 170.000 Lehrer bezahlen. Davon wollen wir beide nichts streichen, weil wir wissen, dass wir es nicht dürfen. 50.000 Polizisten, das ist eine Frage der Sicherheit, da können wir auch nicht groß reduzieren. Wir wissen, was die Kollegen dort leisten.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Können wir nicht machen!)

50.000 Stellen in den Hochschulen, das ist auch eine Bildungsfrage. 30.000 stellen in der Justiz – Knäste, Justizapparat – da können wir auch nicht alles streichen. Das heißt, wir reden über 300.000 und, wenn ich es richtig weiß, über weitere rund 10.000 Stellen in Ministerien und Landesverwaltung. Das ist der kleinste Anteil. Ich komme gleich noch darauf, was das bewirkt hat.

Insofern müssen wir doch sagen: Wenn der Bund so handelt, wie er handelt, dann muss ein Land dagegenstehen. Und Sie hätten es doch im Bundesrat machen können. Sie haben es nicht getan. Sie haben im Januar diesen Quatsch mitgemacht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dann will ich uns das Vergnügen machen und zu den 128 Stellen in der Umweltverwaltung kommen. Die Freie Demokratische Partei hat dazu sogar eine Aktuelle Stunde für Freitag beantragt mit dem Titel „Rot-Grüne Landesregierung bläht Umweltbürokratie auf“.

(Ralf Witzel [FDP]: Richtig!)

So unappetitlich, wie schon der Titel rüberkommt, ist der ganze Gestus.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Herr Kollege Witzel, ich habe Sie sauber zitiert. Für mich macht das, ehrlich gesagt, nur Ihre gesamte praktisch negative Einstellung, Ihre Feindlichkeit gegenüber allem, was mit Umweltfragen und Ökologie zu tun hat, deutlich.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich komme noch mal zu Ihnen, würde aber nun gerne einen Kronzeugen aus der CDU zitieren, und zwar unseren jetzigen Landtagspräsidenten und früheren Umweltminister Eckhard Uhlenberg. Er hat nämlich schon im Dezember vergangenen Jahres an den damaligen FDP-Innenminister Wolf einen ausführlichen Brief – er umfasst mit Anlagen insgesamt 23 Seiten – zum Zustand der Umweltverwaltung geschrieben, in dem steht, dass er mit bestimmten Maßnahmen so nicht mehr weiterkommt. Ich will das gerne zitieren.

Er schreibt:

> „… im Rahmen des mit Ihnen geführten Gesprächs habe ich bereits meine Sorge um die Funktionsfähigkeit der meiner Fachaufsicht unterliegenden Dezernate in den Bezirksregierungen zum Ausdruck gebracht.
>
> Mit der Verwaltungsstrukturreform war eine erhebliche Personalreduzierung insbesondere in den Jahren 2007 und 2008 (z. B. durch Inanspruchnahme der Anreizmodelle, Realisierung von kw-Vermerken) verbunden."

Weiter unten auf der ersten Seite steht:

> „Bereits jetzt ist die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Es drohen Vollzugsdefizite."
>
> (Zuruf von den GRÜNEN: Aha!)

Das schrieb der damalige Umweltminister des Landes. Zum Hintergrund muss man erzählen: Im Prinzip ist die aufsichtliche Umweltverwaltung zerschlagen worden. Da geht es - im umweltfachlichen Duktus der FDP -nicht um irgendwelche Leute, die in Jutetaschen Kröten über Straßen tragen, sondern es geht um Ingenieure und Techniker, die im Immissionsschutzbereich umweltrelevante Anlagen überprüfen. Die fehlen, und das führt zu katastrophalen Ergebnissen.

Ich will weiter vorlesen. Auf Seite 3 von fünf Seiten des ersten Anschreibens von Herrn Uhlenberg steht unter dem Begriff „Immissionsschutz":

> „Die aktuelle Personalsituation und die sich abzeichnende Entwicklung führt dazu, dass die termingerechte und fachlich fundierte Durchführung von Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz in Frage gestellt ist."

– Achtung! –

> „Bei der Überwachung stellt sich die Situation ähnlich dar. Die Inspektionsdichte bei Störfall-Anlagen liegt in NRW bereits heute weit unter dem Deutschlanddurchschnitt. Eine Regelüberwachung bei weiteren Anlagen, von denen ein hohes Umweltrisiko ausgeht, findet nur noch in Ausnahmefällen statt."

Sie findet bei uns nur noch in Ausnahmefällen statt!

Die nächste Stelle – ich kann es Ihnen nicht ersparen, Herr Dr. Papke – lautet:

> „So werden bundesweit jährlich etwas mehr als 55 % der Betriebe mit den erweiterten Sicherheitspflichten inspiziert, während in NRW durchschnittlich 27 % dieser Betriebe geprüft werden."

Das ist die Bilanz des fachlich zuständigen Umweltministers im Dezember des letzten Jahres an den Innenminister.

Er kommt weiter zu folgendem Ergebnis: Es konnten die Genehmigungsverfahren nur durchgeführt werden, „indem Überwachungsaufgaben zurückgestellt wurden". - Das

muss man sich doch alles mal anhören. Das ist jemand von der CDU gewesen, der aus fachlicher Not,

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

an der Stelle sehr eindeutig gesagt hat, was nicht mehr geht.

Ich komme zu einem zweiten Kollegen aus der CDU, der genau in die gleiche Debatte hineingeht: der Regierungspräsident von Arnsberg, Herr Diegel. Herr Diegel führt in der gleichen Angelegenheit Klage und schreibt in einem Brief, eine Reihe von Betrieben, vor allen Dingen im Dortmunder Raum, im gesamten Raum Arnsberg, die man überwachen und kontrollieren müsste, könne er nicht überwachen, weil er das Personal in der Umweltverwaltung, vor allen Dingen technisch gebildete Leute, die die Anlagen kontrollieren könnten, nicht habe.

Herr Diegel schreibt – Zitat –:

„Dieser Handlungsauftrag an die Umweltschutzverwaltung kann mit dem derzeit zur Verfügung stehenden Personal nicht bewältigt werden."

Ich will Ihnen ein zweites Zitat von der dritten Seite seines Briefes vorlesen:

„Sollte bei derartigen Unglücksfällen nachgewiesen werden können, dass es bei einer anderen Überprüfungspraxis nicht zu dem eingetretenen Schaden gekommen wäre, stellt sich neben der politischen und menschlichen Verantwortung auch die strafrechtlich relevante Frage des Organisationsverschuldens."

Ich will nur mal darauf hinweisen, weil hier so getan wird, als ob diese Stellen Luxus wären. Das sind CDU-Mitglieder des ehemaligen Regierungsapparats, die lange vor dieser Debatte gesagt haben: Es geht so nicht weiter; wir brauchen die Stellen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sicherheitsrisiko!)

Regierungspräsident Diegel kommt zu folgendem, aus meiner Sicht sehr gut nachvollziehbaren Schluss - Zitat -:

„Bei dem hohen Gefährdungspotenzial für die öffentliche Sicherheit drängt sich der Vergleich mit dem Polizeibereich auf. Während allerdings die Polizei mit guten Gründen gegen Stellenabbau geschützt wird, treffen den Umweltbereich die Stellenstreichungen mit voller Wucht und massiven Konsequenzen. Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Altersstruktur des Fachpersonals werden den Personalmangel in den nächsten Jahren durch Altersabgänge weiter verschärfen."

Erstens. Sie haben nicht das Personal, um die relevanten Betriebe vernünftig zu begleiten.

Zweitens. Es ist unter Umständen auch strafrechtlich relevant, wenn wir das entsprechende Personal nicht bereitstellen.

Drittens. Es gibt keinen Grund, die Sicherheit derartiger Anlagen nicht in der gleichen Weise zu garantieren, wie wir sie für die öffentliche Sicherheit durch die Polizei garantieren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die Konsequenzen, die es haben kann, wenn wir dies unterlassen, haben wir bei der Firma Envio in Dortmund erlebt. Deren Mitarbeiter hatten das 25.000-Fache des zulässigen PCB-Wertes im Blut. PCB ist ein hoch krebserregender Stoff. Es wurden auch die Blutwerte der Familienmitglieder gemessen. Dabei wurden erhöhte PCB-

Werte bei kleinen Kindern festgestellt, weil die Mitarbeiter ihre Arbeitsanzüge mit nach Hause genommen haben. Diese Firma ist von Herrn Diegel stillgelegt worden, weil dort Transformatoren offensichtlich auf offenem Gelände zerlegt worden sind - wir alle wissen, welche Probleme dabei auftauchen können -, was zu Kontaminationen geführt hat.

Das sind die Konsequenzen, wenn ich eine Umweltverwaltung im technischen Bereich so massiv reduziere, dass ich die Betriebe nicht mehr vernünftig begleiten und kontrollieren kann.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Jetzt kommt - es hieß ja, die Umweltverwaltung solle weiter aufgebläht werden - das allerletzte Zitat; das verspreche ich Ihnen. Minister Uhlenberg schreibt in seinem Brief vom Dezember letzten Jahres an den Innenminister:

> „Dies schließt insbesondere einen deutlichen Einstellungskorridor für die nächsten Jahre und die kontinuierliche Ausbildung geeigneten Fachpersonals des gehobenen und höheren Dienstes ein."

Reicht das nicht als Begründung aus, um den technischen Umweltschutz so zu verstärken, wie wir das im Nachtragshaushalt machen? Reicht der Skandal bei Envio nicht aus, um zu verdeutlichen, dass wir dafür sorgen müssen, dass die Menschen da, wo diese Betriebe sind, sicher leben und darauf vertrauen können, dass der Staat ihnen diesen Schutz garantiert? - Ich weiß angesichts dessen nicht, warum man gegen die im Nachtragshaushalt vorgesehenen 126 Stellen polemisieren muss.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will auch gerne noch ein paar Worte zu den Lehrerstellen verlieren. Die Zahl von 1.525 neuen Stellen hört sich zunächst gigantisch an. Der Kollege Weisbrich hat die Frage gestellt, warum Frau Löhrmann 1.500 Leute neu einstellen muss, wenn sie noch 600 freie Stellen hat. - Ich will Ihnen, Herr Kollege Weisbrich, erst einmal sagen, wie in den vergangenen Jahren, als die CDU noch in der Regierung war, verfahren wurde.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben doch noch 5.000 Stellen frei!)

Im Schuljahr 2008/2009 hatten Sie 739 unbesetzte Stellen und haben zusätzlich 514 neue Stellen ausgewiesen. Im Schuljahr 2009/2010 gab es 753 unbesetzte Stellen; zusätzlich ausgewiesen wurden 1.831. In diesem Jahr waren es 680 unbesetzte Stellen und 1.209 neue.

Die Frage, warum es unbesetzte Stellen gibt, kann ich Ihnen mit einem Beispiel beantworten. Wenn Sie am Samstag in die Zeitung schauen, werden Sie sehen, dass in Düsseldorf 1.000 Wohnungen zu vermieten sind. Das heißt aber nicht, dass diese 1.000 Wohnungen in Düsseldorf ständig leer stehen. Nächsten Samstag werden wieder 1.000 Wohnungen annonciert, aber von denen aus der vorherigen Woche sind dann 500 vermietet. Genauso ist es mit den Einstellungen. Bei 170.000 Leuten wird es über die Jahre immer einen Minimalanteil von 500 bis 700 Stellen geben, die für kurze Zeit nicht besetzt ist. Sie wissen selbst, wie schwierig es ist, in Einstellungsverfahren kurzfristig Ersatz für nicht mehr verfügbare Kräfte zu bekommen. Ihr Angriff, Herr Weisbrich, ist also nicht korrekt. In der Praxis sind Sie früher selbst anders verfahren.

Was sollte die Landesregierung sonst auch machen? Im Januar werden 4.000 Referendarinnen und Referendare mit ihrer Ausbildung fertig sein. Wenn wir nicht die entsprechenden Voraussetzungen schaffen, können sie nicht eingestellt werden. Wir

können gerne die Schulen fragen, ob sie dieses Personal brauchen. Die Antwort wird sein, dass das der Fall ist.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und von der SPD - Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

- Herr Weisbrich, Sie haben es auch immer so gemacht.

Es ist bei Haushaltsdebatten üblich, dass es ritualisierte Auseinandersetzungen gibt. Angesichts der Erforderlichkeit ernsthafter Konsolidierungsanstrengungen und der gleichzeitig gegebenen Notwendigkeiten ist das, was Sie hier geboten haben, aber nicht sachgerecht.

Das Wichtigste ist, dass im Mai die Regierung, die das größte Risiko für den Landeshaushalt darstellte, abgewählt worden ist. Zum Glück haben wir das geschafft. - Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. - Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Freimuth.